



Junge Gruppe

CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Mönchengladbacher Erklärung –

für eine generationengerechte
Politik in Bund und Ländern

Beschluss der Klausurtagung der Jungen Gruppe der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 3./4. Mai 2005 in Mönchengladbach

Der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf unser Gemeinwesen rücken immer stärker ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung. Die Diskussion über die Reform der sozialen Sicherungssysteme kennzeichnet den Beginn eines grundlegenden Paradigmenwechsels mit Bezug auf den sozialstaatlichen Anspruch der Bundesrepublik. Angesichts des drohenden Kollapses dieser Strukturen kann die Politik nicht länger die Augen vor den dramatischen Auswirkungen dieser Entwicklung verschließen. Notwendig ist eine offene Debatte über die bevorstehenden Veränderungen. Dabei setzt eine generationengerechte Politik voraus, daß die Lasten einer alternden Gesellschaft fair auf die Schultern aller Generationen verteilt werden.

Strukturelle Voraussetzungen für eine neue Gründerzeit

Eine generationengerechte Politik, die unserem Land einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise ermöglicht, darf sich nicht auf eine Reform der sozialen Sicherungssysteme und weitere Maßnahmen in der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik beschränken. Die Forderung nach einem gesellschaftlichen Aufbruch, nach „neuen Gründerjahren“ der Bundesrepublik, bleibt wirkungslos, wenn die strukturellen Voraussetzungen für eine kraftvolle und zukunftsorientierte Gestaltung des Gemeinwesens nicht mehr gegeben sind. Es bedarf daher einer intensiven Beschäftigung mit der Frage, ob das politische System und das geistige Klima in unserem Land die zur Bewältigung des demographischen Wandels notwendigen Reformen überhaupt zulassen. Deshalb werden wir als junge Abgeordnete im Deutschen Bundestag auf eine umfassende und langfristig tragfähige Neujustierung des Verhältnisses zwischen Bund und Ländern einerseits sowie der Bundesrepublik und der Europäischen Union andererseits hinarbeiten. Von entscheidender Bedeutung ist daneben eine breite gesellschaftliche Debatte über eine grundlegend neue Einstellung der Bürger zu ihrem Staat. Es gilt, auf die Herausforderungen der Gegenwart generationengerechte Antworten zu finden.

In einer sozialen Marktwirtschaft profitieren alle, auch die sozial Schwächeren vom Gewinnstreben des Einzelnen, der so zu wirtschaftlichem Wachstum und höheren Steuereinnahmen beiträgt. Der Staat kann nur verteilen, was vorher erwirtschaftet wurde. Daher kann es zu „neuen Gründerjahren“ nur kommen, wenn Unternehmertum nicht verunglimpft wird, sondern in seiner positiven Bedeutung für unsere Gesellschaft gewürdigt und anerkannt wird.

Schuldenpolitik contra Generationengerechtigkeit

Eine der wesentlichen Ursachen für mangelnde Generationengerechtigkeit setzt der Staat jedoch selbst und unmittelbar durch seine Haushaltspolitik. Der Bund und die Mehrzahl der Länder leben schon zu lange über ihre Verhältnisse. Sie haben sich zu viele und zu teure Aufgaben aufgeladen. Die damit verbundenen langfristigen Fixkosten lasten zentnerschwer auf den staatlichen Haushalten und machen sie im Bund und vielen Ländern praktisch manövrierunfähig. Die öffentliche Hand verliert dort die Möglichkeit, durch Zukunftsinvestitionen Akzente zu setzen, wo die Zinslasten längst

die Investitionssummen überholt haben und faktisch nur noch durch die Aufnahme neuer Schulden getragen werden können.

Ewa 1.400 Milliarden Euro Schulden in den öffentlichen Haushalten legen ein dramatisches Zeugnis davon ab, daß jahrelang Investitionen der Gegenwart auf Kosten der Zukunft befriedigt worden sind. Hinzu kommt eine implizite Verschuldung durch die sozialen Sicherungssysteme sowie die Beamtenversorgung, die sich auf 5 Billionen Euro belaufen. Künftige Generationen können sich an den Wahlurnen noch nicht wehren, wenn die heute Lebenden permanent kollektive Verträge zu ihren Lasten schließen. Versuche, im Zuge der Einführung des Euro deren Interessen zumindest indirekt mitzuschützen, wurden durch das von der Schröder-Regierung betriebene Aufweichen des EU-Stabilitätspaktes auf skandalöse Weise zum Scheitern gebracht.

Als Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion registrieren wir mit zunehmender Besorgnis eine immer zügelloser voranschreitende Politik der Neuverschuldung, die von Bundeskanzler Schröder und seinem Finanzminister Eichel betrieben wird. Abzulehnen ist nicht nur die Netto-Neuverschuldung als solche, sondern auch ein beispielloser Ausverkauf von Staatsvermögen. Diese Verkäufe, 100 Mrd. in 7 Jahren, die bestenfalls zur Tilgung von Bundesschulden zu rechtfertigen wären, werden im bloßen Interesse einer Haushaltskosmetik getätigt. Die Tatsache, daß die veräußerten Vermögenswerte dem Bundeshaushalt künftige Erträge entziehen und – wie im Fall der Veräußerung von Anteilen an den Post-Nachfolgeunternehmen – der Haushalt dennoch mit den Pensionslasten befrachtet bleibt, setzt auch diese Politik in eklatanten Widerspruch zum Prinzip der Generationengerechtigkeit.

Rückkehr zu einer konservativen Haushaltswirtschaft auch in den Ländern

Die unsolide Haushaltspolitik von Rot/Grün in Berlin findet ihre traurige Parallele in der rot/grünen Misswirtschaft im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Der letzte Ministerpräsident der CDU, der Mönchengladbacher Franz Meyers, hat seinem SPD-Nachfolger 1966 einen soliden Länderhaushalt und einen Gesamtschuldenstand von umgerechnet 1,2 Mrd. Euro übergeben. Dies entsprach einer pro-Kopf-Verschuldung von 74 Euro. Eine ununterbrochene Kette von SPD-Ministerpräsidenten hat die Staatsverschuldung in 39 Jahren auf ca. 110 Mrd. Euro insgesamt bzw. zu einer pro-Kopf-Verschuldung von 5.270 Euro aufgetürmt. Damit entspricht sie heute mehr als dem Doppelten des Landeshaushaltes. Die Arbeitslosenquote ist in diesem Zeitraum von 0,6% auf 11% hochgeschneit, die relative Wirtschaftskraft von NRW dagegen immer weiter zurückgefallen. Das einst leistungsstärkste Bundesland, das auch heute noch voller ökonomischer Potentiale steckt, ist durch eine verfehlte Finanz- und Wirtschaftspolitik zum Netto-Empfänger im Länderfinanzausgleich geworden. Diese beschämende Entwicklung stellt eine empfindliche Belastung aller Landeshaushalte dar und ist deshalb zu einem nationalen Problem geworden.

Schulden, die in Jahrzehnten angesammelt wurden, können nicht in einer einzigen Wahlperiode wieder abgebaut werden. Die Haushaltspolitik der CDU/CSU-Regierungen, v.a. in Bayern, Baden-

Württemberg, Sachsen, Niedersachsen und Hessen, zeigt jedoch, daß wir auch bei schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen dem Marsch in eine immer weiter ansteigende Neuverschuldung nicht schicksalhaft ausgeliefert sind. In jüngerer Zeit haben Roland Koch, Edmund Stoiber und Christian Wulff und andere bewiesen, daß eine Kehrtwende im Interesse auch der nachrückenden Generationen möglich ist und daß letztlich alle Gesellschafts- und Altersgruppen von einer nachhaltigen Haushaltspolitik profitieren.

Die Sanierung der Staatsfinanzen muß auch im bevölkerungsreichsten deutschen Bundesland gelingen. Ministerpräsident Peer Steinbrück hat sich dieser Aufgabe weder als Finanzminister noch als Ministerpräsident gewachsen gezeigt; knapp ein Drittel der Gesamtverschuldung gehen allein auf das Konto seiner relativ kurzen Amtszeiten.

Die Junge Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich daher als Ort ihrer Klausurtagung bewußt für die Heimatstadt des letzten erfolgreichen Ministerpräsidenten von NRW, Franz Meyers entschieden, um ein Zeichen für den Wechsel zu einer soliden Finanzpolitik zu setzen.

Für uns ist die Abwahl von Rot/Grün am 22. Mai ein Testfall für die Rückkehr zu einer generationengerechten Politik.

Mönchengladbach, Mai 2005